Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1580 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 83. Sonnabend, 10. April 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 50 Pfennig durch Post und durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialienpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 89 mm breite, 8 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59
Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Sieger Raditsch.

Die Neubildung der Regierung in Belgrad beendigte einen Kampf, der sowohl nicht nur sehr interessant war, sondern auch Momente höchster Spannung zeitigte. Die Regierungsliste zeigt, daß Pasitsch nicht mehr in das Kabinett zurückgekehrt ist. Auch der Name des früheren Finanzministers Stojadinowitsch fehlt. Gerade das Verschwinden dieser beiden Minister macht den Sieg Raditsch' vollkommen. Ein kleiner Rückblick über die Ursachen, die das Duell Raditsch-Pasitsch bedingten und den Verlauf des ganzen Kampfes wird interessieren. Wer ist dieser Raditsch? Ein Mann von unbändigem Temperament, von einem unverwüstlichen Draufgängertum, der auf seine Gegner losstürzt wie ein Stier und alles niederrennt, was sich ihm in den Weg stellt. Er wäre sicherlich eine der größten Persönlichkeiten seines Volkes, wenn er zu seiner Willensnatur auch Schlauheit, Gerissenheit und diplomatisches Fühlen gesellen könnte. Diese letzteren Eigenschaften gehen ihm aber vollkommen ab. Seine Kraft ist seine Halsstarrigkeit, ist sein zähes Festhalten an Zielen, sein polterndes Draufgehen gegen alle Widerstände und dann — sein persönliches Glück. Das letztere gab ihm die stärkste Waffe in die Hand, mit der es ihm gelang, den alten, schlauen Fuchs Pasitsch zur Strecke zu bringen. Wer die Persönlichkeit dieses Pasitsch kennt, der bis zuletzt unumschränkt die Regierungsgewalt in seinen Händen vereinigte, der klug und scharfblickend alle Blößen des Gegners erspähte und erst dann losschlug, wenn er des Erfolges sicher war, wer die geradezu abergläubische Furcht des Volkes vor diesem Pasitsch kannte, die wohl wußte, daß jeder sterben mußte — wenn auch nur politisch — der an ihn rührte, der weiß den Sieg Raditschs wohl zu schätzen.

Und der Grund, warum die öffentliche Meinung nahezu geschlossen in diesem Kampf auf der Seite Raditschs stand? Pasitsch hat einen Sohn. Anscheinend eine sehr geschäftstüchtige Persönlichkeit. Der Name seines allgewaltigen Vaters und sehr enge pekuniäre Beziehungen zu dem ehemaligen Finanzminister Stojadinowitsch gaben ihm Machtmittel und Einflußmöglichkeiten in die Hand, die er skrupellos auszunützen wußte. Seine Geschäfte mit dem Finanzminister, die einen stark metallischen Charakter trugen und nicht gerade wohltuend auf die Finanzen des Landes einwirkten, konnten auf die Dauer nicht ganz verborgen bleiben. Trotz der offensichtlichen Vertuschungsversuche seines Vaters. Raditsch, der politische Gegner des früheren Ministerpräsidenten, nahm sich rasch entschlossen dieser Angelegenheit an. Fand schnell das geeignete Schlagwort: gegen Korruption und für Reinigung! Schlug in diese Kerbe, die er fand, mit geradezu infernalischer Gewalt, ließ seinen Presseapparat wirkungsvoll spielen, machte seinen Einfluß beim König geltend und peitschte die Leidenschaften des Volkes so weit auf, daß an einem Sieg kaum noch zu zweifeln war. Energisch verlangte er die Einberufung des Parlamentes zum 8. April. Mit der Begründung, daß die Korruptionsaffären, die das ganze Land in Aufregung hielten, durch die gesetzgebenden Körperschaften sofort bereinigt werden müßten. Sein politischer Gegner Pasitsch holte zum Gegenschlag aus, konstruierte, ohne Wissen Raditschs, mit den seiner Partei nahestehenden Ministern einen Regierungsbeschluß, der die Einberufung des Parlaments erst zum 5. Mai festlegte. Raditsch fand schnell die Gegenparole, die behauptete, daß dieser Regierungsbeschluß nur die Absicht habe, eine Interpellation im Parlament über die Skandalaffären zu verhindern. Begreiflich, daß er mit diesen Argumenten den Beifall des Volks fand. Der König, bei dem Raditsch vorstellig wurde, konnte sich der Logik, die in der Beweisführung Raditschs lag, nicht entziehen und zog aus seiner Erkenntnis die Konsequenzen: Pasitsch und Stojadinowitsch verschwanden aus der Regierung.

Es wäre verfehlt, jetzt zu glauben, daß der Sieg Raditschs seinen Gegner vollkommen vernichtet hat. Der jetzige neue Ministerpräsident Usanowitsch ist ein intimer Parteigänger Pasitschs, doch genießt er größte persönliche Achtung. Raditsch selbst nennt ihn den „Mann mit den reinen Händen". Trotzdem glaubt man allgemein, daß er nur der Platzhalter für Pasitsch ist. In den vier Wochen bis zur Einberufung des Parlaments wird der gestürzte Ministerpräsident nichts vorübergehen lassen, was seiner Position wieder neu auf die Beine helfen könnte. Man kennt seine Schlauheit, seine Gerissenheit, die im Intriguenspiel genau Bescheid weiß, seine Initiative, seine Beweglichkeit. Eine Persönlichkeit wie die Pasitschs läßt sich durch einen parlamentarischen Sturz nicht unterkriegen. Zumal ja noch gar nicht geklärt ist, ob die unerquicklichen Geldaffären seines Sohnes mit ihm selbst in Verbindung gebracht werden können. So wird man die jetzige Regierungsneubildung nicht als den Abschluß des Duells dieser beiden Gegner aufzufassen haben. Jedenfalls werden die kommenden Kammersitzungen sehr interessante Momente bringen und unter Umständen neue Sensationen schaffen, die das heutige Bild wieder vollkommen auf den Kopf stellen könnten.

Der Prozeß gegen den Deutschen Volksbund in Polnisch-Oberschlesien. Die Voruntersuchung in dem Prozeß gegen die verhafteten Mitglieder des Deutschen Volksbundes ist abgeschlossen. Die Anklageschrift wurde den Angeschuldigten bereits zugestellt. Man rechnet damit, daß die Verhandlungen, die gegen die einzelnen Angeschuldigten getrennt geführt werden, Mitte Mai ihren Anfang nehmen. Die Verteidigung liegt teilweise in den Händen von Warschauer Rechtsanwälten.

Zur Frage der Fürstenabfindung.

)(**Berlin.** Hier verlautet, daß das Reichskabinett in der kommenden Woche über die Frage der Fürstenabfindung beschließen werde. Ueber die Erledigung des Kompromißgesetzentwurfs und des zum Volksentscheid zu stellenden Entwurfs sollen Anfang nächster Woche interfraktionelle Besprechungen zwischen den Regierungsparteien stattfinden, denen sich Beratungen der Reichsregierung mit den Führern dieser Parteien anschließen sollen. Die Veröffentlichung des amtlichen Ergebnisses des Volksbegehrens soll für Sonntag zu erwarten sein.

Das Demissionsschreiben Malvys.

)(**Paris.** In seinem **Demissionsschreiben an Briand** erinnert Malvy zunächst daran, daß er, um es Briand am Vorabend der Genfer Beratungen zu ermöglichen, sein Friedenswerk fortzusetzen, und um den Budgetausgleich zu ermöglichen, es für seine Pflicht gehalten habe, das Amt des Innenministers anzunehmen. Er habe geglaubt, daß es möglich sein werde, an der Seite Briands eine Politik der Loyalität, des Zusammenschlusses und der Einigung zu betreiben. Denn die demokratische öffentliche Meinung habe ihm (Malvy) gezeigt, daß das Land über die Bedeutung der gegen ihn gerichteten Angriffe im Zweifel gewesen sei, aber man müsse mit denen rechnen, die durch seine Anwesenheit im Ministerium sich von Briand entfernen könnten und deren Beistand unerläßlich für die Durchführung seines Programms sein werde. Deshalb ersuche er Briand, ihn von seinem Amte zu entbinden, damit er seine volle Handlungsfreiheit wieder habe.

In seiner **Antwort** erklärte **Briand**, er glaube, ihn angesichts dieser Gründe nicht zur Zurücknahme veranlassen zu dürfen. Er hoffe aber weiterhin auf seinen Beistand.

Prinz Carol auf der Rückreise?

)(**Budapest.** **Prinz Carol von Rumänien soll incognito hier eingetroffen sein und sich auf der Rückreise nach Rumänien befinden.**

Das Berliner Spätabendblatt „die Nachtausgabe" meldet, daß der Exthronfolger Carol von Rumänien vorgestern abend in Budapest eingetroffen und im Hotel Palace als Privatier Belin Al Radu abgestiegen ist. Gestern vormittag soll er mit seinen Begleitern den Weg nach Bukarest über die ungarisch-rumänische Grenzstation Lökoshaza genommen haben.

Bukarest weiß nichts von einer Rückkehr des rumänischen Exkronprinzen.

Aus Bukarest wird gemeldet, daß dort die Budapester Blättermeldungen über eine Rückkehr des Exkronprinzen Carol nach Rumänien keinen Glauben finden. Von einem daraufbezüglichen Einvernehmen zwischen dem König und seinem Sohne sei nichts bekannt. Auch die dem Exkronprinzen nahestehenden Politiker seien von den Budapester Nachrichten überrascht. Wenn Carol um ½10 Uhr Budapest im Auto verlassen hätte, so hätte er spätestens in den ersten Nachmittagsstunden die Grenze nach Rumänien überschritten. Hierüber liegt aber bisher keine Nachricht in Bukarest vor.

Die Deutschenhetze in Polen.

Die Politik Polens seinen deutschen Minderheiten gegenüber ist von einer grenzenlosen Angst diktiert. Man fürchtet in Warschau die Tüchtigkeit der Staatsbürger deutscher Abstammung, man nimmt mit wachsendem Unbehagen Kenntnis von ihrem immer stärkeren Eindringen in die Industrie des Landes. Fürchtet die Beispiele, die einen sehr peinlichen Vergleich aufdrängen. Mit allen Mitteln versucht man das polnische Volk gegen die deutschen Minderheiten aufzuhetzen und Fälle zu konstruieren, die Vorwände zu Verhaftungen Deutscher und Vergewaltigung ganzer deutscher Verbände abgeben. So haben sich jetzt eine ganze Anzahl polnischer Blätter wieder zusammengefunden, die in großer Aufmachung unzutreffende Alarmnachrichten über einen angeblichen politischen Anschlag gegen den Bestand des polnischen Staates bringen. Man spricht von einem gut ausgearbeiteten deutschen Komplott im Grenzgebiet der früheren Provinz Westpreußen. Nach diesen unzutreffenden Meldungen sollte dort am Sonntag, den 27. September 1925 im Grenzgebiete der Kreise Neustadt, Berent, Karthaus und Putzig ein Aufstand losbrechen. Auch von der angeblichen Organisation dieses Aufstandes wissen die polnischen Blätter zu berichten. „Hetzreden" sollten die Bevölkerung dort aufwiegeln und das Volk veranlassen, gegen Polen mobil zu machen, auf die Straßen zu eilen und alle öffentlichen Gebäude zu besetzen. Falls sich die Stadtbevölkerung für die Ausführung dieses Planes als zu schwach erweisen sollte, sollte Hilfe von den Bewohnern der umliegenden Dörfer herangezogen werden. Weitere bewaffnete Hilfe und Munition sei in Danzig und Deutschland bereitgestellt worden. Die polnische Presse setzt diesen Tendenzmeldungen den Gipfel der Unverschämtheit auf, wenn sie weiter behauptet, daß polnische Flieger zu jener Zeit eine verstärkte Bewegung deutscher Truppen an der Grenze der fraglichen Kreise bemerkt hätten. Mit großem Triumphgeschrei verkünden dann die polnischen Blätter, daß diese Aufruhrvorbereitungen durch die geschickte polnische Polizei rechtzeitig aufgedeckt worden seien und daß es gelungen sei, die Agenten und Urheber des ganzen Komplottes zu verhaften und hinter Schloß und Riegel zu setzen. Es erübrigt sich, festzustellen, daß an diesen polnischen Behauptungen auch kein Wort wahr ist. Daß sie nur aufgestellt wurden, um neue Unruhe und neuen Haß zwischen der polnischen Bevölkerung und den deutschen Minderheiten zu säen, ist selbstverständlich. Auch dies eine treffende Illustration zu dem Geist des Selbstbestimmungsrechts der Völker und der Weltversöhnung, der mit soviel schönen Worten in Locarno gepredigt wurde.

*

Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen gegen Polen?

gu. **Berlin.** Die Nachrichten von dem weiteren Verkauf deutschen Eigentums durch die polnische Regierung haben in deutschen Regierungskreisen große Erbitterung und Enttäuschung hervorgerufen, da man der Ansicht war, daß während der Pause bei den Liquidationsverhandlungen die Aussetzung des Verkaufs liquidierten Eigentums eine Selbstverständlichkeit war. Man sieht kaum noch Möglichkeiten, bei einem derartigen Verhalten Polens Deutschland gegenüber, zu einem wirtschaftlichen und politischen Uebereinkommen zu gelangen. Die deutsche Regierung wird die Antwort Polens auf die deutschen Vorschläge bezüglich des Handelsvertrages abwarten, um dann gegebenenfalls zu Repressalien zu greifen, um dem von Polen inszenierten Zollkrieg mit geeigneten Mitteln zu begegnen. Die deutschen Wirtschaftskreise haben der Regierung gegenüber betont, daß bei dem gegenwärtigen schlechten Valutastande der polnischen Währung die Wirtschaftslage Polens sich für einen Warenaustausch sehr ungünstig gestalte, und daß sie daher bei den Verhandlungen keine Konzessionen machen solle, die dem deutschen Ansehen abträglich sind.

Die Behandlung der Ratsfrage.

gu. **Berlin.** In dem gegenwärtig stattfindenden Meinungsaustausch zwischen der deutschen Regierung und den Weststaaten über die Behandlung der Ratsfrage auf der bevorstehenden Konferenz der Studienkommission spielt die **Frage der Vertretung der einzelnen Staaten** eine große Rolle. Die deutschen Regierungskreise hätten es gern gesehen, wenn man mit dem Auslande dahin übereingekommen wäre, **die Ratsfrage rein juristisch zu behandeln** und zu Vertretern keine Politiker, sondern Sachverständige zu bestimmen und solche Persönlichkeiten zu wählen, die möglichst zu den Delegierten bei der Sachverständigenkonferenz in London zur Ausarbeitung des Locarnovertrages gehörten. Aus diplomatischen Kreisen hören wir jedoch, daß **in englischen Regierungskreisen für diesen Plan wenig Neigung besteht** und daß man **die politische Behandlung bevorzugen** würde. Erst wenn eine Einigung in der deutschen und englischen Auffassung erzielt ist, wird die deutsche Regierung den deutschen Vertreter ernennen. Es besteht nach deutscher Auffassung nach der Haltung der englischen Regierung die bedenkliche Gefahr, daß die Lösung der Ratsfrage durch neue politische Auseinandersetzungen, wie sie auf der letzten Genfer Tagung störend in die Verhandlungen eingegriffen haben, erschwert werden.

Botschafter von Hoesch bei Briand.

)(**Paris.** Der deutsche Botschafter von Hoesch hat gestern nachmittag erneut bei dem französischen Ministerpräsidenten vorgesprochen, um die Unterredung, die er am letzten Freitag mit ihm gehabt hatte, fortzusetzen. Sie betraf schwebende politische Probleme.

Rentnertagung in Cassel.

In Cassel begann gestern die **Reichstagung des Deutschen Rentnerbundes**, zu der Vertreter sämtlicher 28 Landesverbände, die 1360 Ortsgruppen mit über 350 000 Mitgliedern umfassen, erschienen waren. Nach Begrüßungsworten des Oberbürgermeisters Dr. Staddler, der ein Bild der großen Not der Rentner zeichnete, berichtete ein Vertreter der Bundesleitung über die im vergangenen Jahre geleistete Arbeit. Mit allen Kräften soll versucht werden, eine **Verbesserung der Aufwertungsgesetze** zu erreichen. Ferner erhoffe man vom Reichstag die Annahme eines **besonderen Rentnerfürsorgegesetzes**. Außerdem sei eine **Entschädigungsklage gegen das Reich** eingereicht worden, die vor dem Berliner Landgericht in einer der nächsten Wochen zur Verhandlung kommen werde.

Die Prohibitionsfrage in Amerika.

)(**Washington.** Vor dem Senatsausschuß, der sich mit der Prohibitionsfrage zu befassen hat, erklärten Vertreter des amerikanischen Arbeiterverbandes, der Arbeiter wünsche Bier und Wein; es würde ihm besser gehen, wenn er diese Getränke hätte. Das zur Zeit gültige Gesetz sei ein Fehlschlag, denn es begünstige die Reichen. Wenn eine allgemeine Volksabstimmung über diese Frage veranstaltet werden würde, so würde sich **die Mehrheit für eine Gesetzesänderung** aussprechen.

Ein Kabinettstück bayrischer Braukunst ist „Würzburger Hofbräu" Man verlange es überall. Vertreter: Rich. Schwade Riesa a. Elbe. Fernruf 48.